

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Pfeifer, Daweke, Frau Benedix-Engler, Ganz (St. Wendel), Frau Geiger, Nelle, Rossmanith, Austermann, Graf von Waldburg-Zeil, Frau Dr. Wilms, Frau Dr. Wisniewski, Berger (Lahnstein), Magin, Graf Huyn, Biehle, Maaß, Dr. Rose, Würzbach und der Fraktion der CDU/CSU

Äußerungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft beim Empfang der Initiative „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, daß während der Demonstration gegen die NATO-Gipfelkonferenz in Bonn am 10. Juni 1982 der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Mitglieder der Initiative „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“ empfangen und dabei erklärt hat, er sei zwar nicht gegen die Einladung von Präsident Reagan, „Ich bin nur gegen die Machart, wie er hier empfangen wird. . . . Ich bin gegen die Art, wie er begrüßt wird: mit tiefem Bückling. Wenn er das Parlament betritt, das mein Parlament ist, dann wird er da begrüßt, wie jeder andere Gast im Parlament auch. Er ist einer unter seinesgleichen – unabhängig davon, ob wir ihn schätzen oder nicht. Er ist nicht irgendwie ein Herrgott, der da kommt. Dies hat mich an der ganzen Geschichte irritiert.“ (Pressemitteilung der Initiative „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“ vom 12. Juni 1982)?
2. Entspricht eine solche Erklärung der Auffassung der Bundesregierung?
3. Ist es zutreffend, daß der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, konfrontiert mit der Frage, was Pädagogen „gegen die wachsende Kriegsgefahr tun könnten“, erklärte, „Im Grunde genommen glaube ich nach wie vor, daß so ein Druck, wie er sich bei Ihnen organisiert und wie er sich in anderen Teilen der Friedensbewegung organisiert, nicht ohne Einfluß bleibt auf Politik, auch auf Politik in Bonn.“ (Pressemitteilung der Initiative „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“ vom 12. Juni 1982)?
4. Falls die unter Nummer 3 zitierte Äußerung zutreffend ist, entspricht es der Auffassung der Bundesregierung, daß man Druck organisieren und damit Einfluß „auch auf die Politik in

Bonn“ nehmen muß, um etwas „gegen die wachsende Kriegs-
gefahr“ zu tun?

Bonn, den 10. September 1982

Peifer	Frau Dr. Wisniewski
Daweke	Berger (Lahnstein)
Frau Benedix-Engler	Magin
Ganz (St. Wendel)	Graf Huyn
Frau Geiger	Biehle
Nelle	Maaß
Rossmann	Dr. Rose
Austermann	Würzbach
Graf von Waldburg-Zeil	Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion
Frau Dr. Wilms	

Begründung

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat am gleichen Tag, an dem in Bonn während der NATO-Gipfelkonferenz im Juni 1982 eine Demonstration gegen die Politik der NATO, insbesondere gegen den Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 stattfand, eine Initiative „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“ zu einem Gespräch und zur Übergabe einer Erklärung empfangen, in der die Unterstützung der Ziele der Bonner Demonstration zum Ausdruck kam. Über den Verlauf dieses Gesprächs berichtet die Pressemitteilung der Initiative „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“ vom 12. Juni 1982 unter teilweise wörtlicher Zitierung von Äußerungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft.

Es bedarf der Aufklärung, ob die Pressemitteilung eine zutreffende Wiedergabe des Gesprächs enthält. Sollte dies der Fall sein, ist die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler aufgefordert, zu den wiedergegebenen Äußerungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft Stellung zu nehmen. Denn insbesondere die in Frage Nummer 1 zitierte Äußerung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft zielt direkt gegen diejenigen, die den amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik Deutschland begrüßt haben.

Sollte die Pressemitteilung der Initiative „Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn“ vom 12. Juni 1982 eine unzutreffende Wiedergabe des Gesprächs enthalten, muß geklärt werden, wie diese Pressemitteilung zustande gekommen ist und was der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft unternommen hat, um den Sachverhalt angesichts seiner weiten Verbreitung in mehreren Zeitschriften richtig zu stellen.